2018/34 dschungel

https://jungle.world/artikel/2018/34/race-class-confusion

Die Verwirrung in Bezug auf die Begriffe »race« und »class«

Race, Class, Confusion

Von **Bernhard Pirkl**

In den Diskussionen in den USA über die Antidiskriminierungsmaßnahme »affirmative action« kommt Armut nicht vor.

Donald Trumps Inszenierung als Anwalt einer vage definierten US-amerikanischen working class, der silent majority und ähnlicher diffus bleibender Gruppen funktionierte besonders gut in Opposition zur Konkurrentin Hillary Clinton, die als Vertreterin eines ebenso diffus bleibenden »Establishments« gesehen wurde. Diese Inszenierung wird gerne als Erklärung für Trumps Wahlerfolg herangezogen, häufig begleitet von dem paternalistisch-wohlmeinenden Hinweis, dass die »kleinen Leute« doch Trump gegen ihre Interessen gewählt hätten – ungeachtet dessen, dass Analysen des Wahlverhaltens vielmehr den Schluss nahelegen, dass Arme zur Wahlabstinenz tendieren.

Wenn Trump von der »Arbeiterklasse« spricht, denkt man sofort: »Aha, Weiße!« Wie erklärt sich eigentlich diese Amalgamierung der doch zunächst getrennten Kategorien class und race? Eine Erklärung liegt in der verbreiteten, aber für die USA besonders charakteristischen Gewohnheit, soziale Probleme in erster Linie als Probleme von Diskriminierung zu artikulieren.

Dies lässt sich am Beispiel von reverse discrimination und Trumps Haltung zur *affirmative action* veranschaulichen. Bei *affirmative action* handelt es sich um ein sozialpolitisches Korrektiv aus der Kennedy-Ära, das kompensatorisch auf strukturelle Asymmetrien rassistischen Ursprungs einwirken sollte. In einer Grundsatzentscheidung des Supreme Court im Fall Regents of the University of California v. Bakke im Jahr 1978 wurde die weitere Bedeutung, Reichweite und Funktion von *affirmative action* festgeschrieben.

> Die Geschwister Barbara und Karen Fields argumentieren, Antidiskriminierungsmaßnahmen führten dazu, dass mit ihrer Thematisierend sozialer Disproportionalität einhergehend ökonomische Ungleichheit als ein Faktor aus dem Blick gerät.

Allan Bakke, ein weißer Amerikaner, hatte zweimal vergeblich versucht, ein Medizinstudium an der University of California aufzunehmen, die damals noch 16 Prozent der Studienplätze für Angehörige von Minderheiten vorbehalten hatte, eine Praxis, in der er eine verfassungswidrige »umgekehrte Diskriminierung« zu erkennen meinte. Im Urteil wurde Bakke zum Teil recht gegeben – strikte Quoten wurden abgelehnt, *affirmative action* wurde aber unter dem Aspekt der Förderung von *diversity* als legitim bestätigt. Nach der noch gültigen Gesetzeslage steht es zum Beispiel Universitäten frei, race als positives Auswahlkriterium bei der Studienplatzvergabe gelten zu lassen.

Die Legalität und Verfassungsmäßigkeit solcher Verfahren werden von US-amerikanischen Konservativen regelmäßig aufs Neue in Frage gestellt, so wenig überraschend auch von Trump, der jüngst einige entsprechende Richtliniendokumente aus der Obama-Ära annullierte. Begründet wird dies in der Regel wie im Fall Bakke mit der Figur der umgekehrten Diskriminierung, die in der leistungslosen Bevorteilung von nichtweißen Minderheiten bestehe.

Hier lässt sich bereits erahnen, wie diese spezifische soziale Alchemie funktioniert. Für jeden Studenten, der im Rahmen von *affirmative action* eine Elitehochschule besuchen darf, bleibt ein nicht als minoritär markierbarer auf der Strecke – daher die vermeintliche Schlüssigkeit der heimlichen Gleichsetzung von class und race, vor allem in einer wirtschaftlichen Situation, die von wachsender Armut, stagnierender sozialer Mobilität und stetig größer werdenden Einkommensunterschieden gekennzeichnet ist. Die Lösung, einfach mehr Studienplätze bereitzustellen, wurde bereits im Fall Bakke von einer unteren Instanz als »unrealistisch« abgeschmettert. Der Verteilungskampf um die so verknappte Ressource höhere Bildung, der sich im Für und Wider von *affirmative action* ausdrückt, hat also den Charakter eines Nullsummenspiels, bei dem alle Parteien die Karte der Diskrimierung spielen.

So ist es nicht nur das »weiße« Amerika, das sich durch *affirmative action* benachteiligt sieht. Derzeit führt die asiatisch-amerikanische Interessengemeinschaft Students for Fair Admissions, vertreten durch den als konservativ geltenden Aktivisten Edward Blum, einen Prozess gegen die Harvard University. Der Vorwurf lautet, dass die Universität mittels einer heimlichen Quote systematisch asiatisch-amerikanische Bewerber benachteilige, ähnlich wie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit jüdischen Bewerbern verfahren wurde. Begründet wird der Verdacht auf der Website der Gruppe mit dem überproportional schlechteren Abschneiden asiatisch-amerikanischer Bewerber beim Kriterium »persönliche Beurteilung« in Harvards »ganzheitlichem« Auswahlverfahren, in das nach Maßgabe von *affirmative action* ausdrücklich das Kriterium race einfließen darf, während sie in den Bereichen »akademische Fähigkeiten« und »außerschulische Aktivitäten« überdurchschnittliche Bewertungen vorweisen könnten.

Dies wirke nicht nur fadenscheinig, sondern setze außerdem einen Teufelskreis der Stereotypisierung in Gang, wie ein Gerichtssachverständiger im Auftrag der Asian American Coalition for Education argumentierte. Um das schlechte Abschneiden im Bereich »Persönlichkeit« mit noch besseren Leistungen in den anderen beiden Bereichen zu kompensieren, müssten asiatisch-amerikanische Bewerber besonders intensiv Tugenden wie Strebsamkeit kultivieren, die in der Figur des »asiatischen Nerds« ohnehin

schon zum Repertoire der negativen Zuschreibungen gehörte. Entgegen der verbreiteten Annahme, dass hier mehr und mehr mit den Verteidigern des »weißen« Status Quo kollaboriert wird, unterstützt der Großteil der asian americans zwar das Prinzip von *affirmative action*; dennoch, so der Politologe Karthick Ramakrishan, seien sie in der Lage, das System zu sprengen. Das ist möglich, weil sie als ethnische Minderheit sein Prinzip ad absurdum führen können, da in ihrem Fall paradoxerweise auf Diskriminierung (durch heimliche Quoten) zurückgegriffen werden muss, um Diversitätsvorgaben zu erreichen.

Kritik an *affirmative action* kommt aber auch von der amerikanischen Linken. Das Geschwisterpaar Barbara und Karen Fields etwa argumentiert, dass Antidiskriminierungsmaßnahmen dazu führten, dass mit ihrer Art der Thematisierung sozialer Disproportionalität die ökonomische Ungleichheit als Faktor aus dem Blick geriete. Auf das Bildungssystem bezogen lautet ihr Argument: Die Änderung der Zusammensetzung der Studentenschaft in den Hochschulen lässt die Grundstruktur der Ungleichheit im Bildungssystem nicht nur intakt, mehr noch, der Diskurs um *diversity* lässt diese Ungleichheit als selbstverständliche erscheinen. Die Frage, warum überhaupt Knappheit an Studienplätzen und Jobs besteht, werde erst gar nicht gestellt, wenn nur über deren Verteilung gestritten werde, was eine gewisse Folgerichtigkeit habe, denn anders als race sei class, das Reden über Klassen, in der amerikanischen Gesellschaft stark tabuisiert.

Wie die Geschwister in ihrer Essay-Sammlung »Racecraft« darlegen, ist der US-amerikanische Diskurs über race auf eine spezifische Art und Weise mit sozialer Ungleichheit verwoben. Traditionell diene der Begriff dazu, Ungleichheit als naturgegeben und unveränderbar erscheinen zu lassen, weswegen die Fields-Schwestern auch seine logische und historische Verschränkung mit eugenischen und sozialdarwinistischen Ideen betonen. Diese gehören ebenso konstitutiv zu der symbolischen Ordnung, die mit der Praxis und Ideologie des Rassismus den Gegenstand race erst hervorbringt. Der – vor allem akademische – Diskurs über *diversity* und die Praxis von *affirmative action* würden mit denselben unwissenschaftlichen Kategorien operieren, nur jetzt mit der Pointe, dass nicht die horizontale Ungleichheit zwischen den »Rassen«, sondern vertikale (vor allem ökonomische) Ungleichheit als implizites factum brutum erscheint. Im Ergebnis, so die lapidare Bilanz, stünden ein paar schwarze Studenten mehr einer großen Mehrheit gegenüber, die keinen Zugang zu höherer Bildung und damit verbundenen Aufstiegschancen hat. Für eine Thematisierung dieses Umstands fehle der Öffentlichkeit jedoch eine Sprache, mit der man vermeiden könnte, diese symbolische Ordnung zu reproduzieren.

Auch bei der Gruppe der asiatischen Amerikaner verschleiert die Konzentration auf die horizontale Ungleichheit Wesentliches – es handelt sich bei dieser Gruppe nicht nur um eine der im Schnitt ökonomisch erfolgreichsten, sondern auch gleichzeitig um diejenige, innerhalb derer die größten Einkommensunterschiede zu finden sind. Die relative Armut vieler asiatischer Amerikaner gerät aus dem Blick, wenn die Perspektive von vorneherein auf den Vergleich mit anderen Minderheiten zielt, was etwa für Claire Jean Kim, Professorin

für Asian American Studies an der University of California, zu dem wenig überraschenden Befund führt, dass diese Gruppe etwa der schwarzen Bevölkerung gegenüber als »privilegiert« gelten müsse, weil sie ja tatsächlich im Schnitt deutlich weniger mit dem Rassismus von Polizei und Justiz konfrontiert sei.

Kritiker wie Befürworter von *affirmative action* reden nur vermittelt über Diskriminierung auch von Ungleichheit, es scheint der einzig legitime Weg zu sein. Der konservative Kolumnist Ross Douthat hat etwa in seinem Artikel »The Roots of White Anxiety« in der New York Times darauf hingewiesen, dass Elitehochschulen über das Zugangskriterium »außerschulische Aktivitäten« die Mitgliedschaft in bestimmtem Organisationen wie den »Future Farmers of America« regelrecht bestrafe. Wie der Titel des Artikels bereits andeutet, erkennt Douthat darin eine Diskriminierung weißer Amerikaner, wo doch die Vermutung naheliegt, dass es zunächst der Klassenhabitus der Jurys ist, der zur negativen Bewertung der ländlichen Organisation führt. Weil nun aber die überwältigende Mehrheit der Landbevölkerung in den USA tatsächlich weiß ist, lässt sich dieser Umstand als Diskriminierung weißer Christen darstellen. Soziale Ungleichheit – hier das Stadt-Land-Gefälle – wird in dem hier vorliegenden Beispiel rassifiziert beziehungsweise kulturalisiert.

In den Geistes- und Sozialwissenschaften findet die Theoriebildung zum Gegenstand Diskriminierung bekanntlich nun schon seit längerem nicht nur in den USA, sondern längst auch in Europa häufig unter dem beherrschenden Einfluss der Intersektionalität statt: Ungleichheit könne nur adäquat verstanden werden, wenn sie als Ergebnis multipler, sich »intersektional« überschneidender Diskriminierungsformen begriffen werde. Im Rahmen dieses Paradigmas werden freilich teilweise hochkomplexe Debatten vor allem über die Anzahl der Diskrimierungsdimensionen geführt.

Dennoch kann das folgende programmatische Zitat aus einem Aufsatz der Philosophin Cornelia Klinger und der Sozialwissenschaftlerin Gudrun-Axeli Knapp durchaus als repräsentatives Minimalprogramm gelten: »Angeregt durch die im angloamerikanischen Sprachraum unter dem Begriff der ›Intersektionalität‹ geführte Diskussion greifen wir die Trias von ›race/ethnicity, class, gender‹ auf. Zwar reflektiert diese Trias zunächst in hohem Maße die Sozialstruktur ihres Entstehungskontexts, der USA. Wir gehen jedoch davon aus, dass sie sich auch für eine Reinspektion struktureller Grundkonstellationen in den modernen kapitalistischen Gesellschaften Westeuropas eignet, jedenfalls dann, wenn sie – stärker als das in der angloamerikanischen Debatte derzeit der Fall ist – zum Fokus einer grundsätzlich symmetrischen Analyse gemacht wird. Die heuristische Symmetrierung der drei zentralen Achsen der Ungleichheit im Rahmen einer historisch begründeten ›Ausgangssetzung‹ soll helfen, vorschnelle Gewichtungen beziehungsweise Hierarchisierungen zu vermeiden und den Blick auf die je spezifische Verfasstheit der Strukturzusammenhänge von ›race/ethnicity, class, gender‹ offenzuhalten.«

Der amerikanische Literaturwissenschaftler Walter Benn Michaels hat auf einen grundlegenden Fehler dieser methodischen, additiven Symmetrierung hingewiesen, der darin besteht, dass dabei kaschiert wird, dass die Analysekategorie class einer anderen Logik gehorcht als Identitätskategorien wie race und gender beziehungsweise sexuelle Orientierung: Erkennt man die normierenden Disziplinartechniken, die zur Demütigung von beispielsweise Homosexuellen beitragen, als illegitim oder beseitigt sie sogar, dann

bedeutet dies auch das Ende des Stigmas und damit perspektivisch auch der Unterdrückung. Behandelte man nun Klasse – wie es in der Theorie des »Klassismus« auch tatsächlich geschieht – analog dazu als ein Problem der Diskriminierung einer Identität, so muss man feststellen, dass arme Menschen auch ohne das Stigma Armut unterdrückt bleiben. Stolz auf eine proletarische Herkunft und gesellschaftliche Anerkennung für eine imaginierte working class culture ändern nichts am Zwang, seine Arbeitskraft verkaufen zu müssen. Class, zu diesem Schluss kommt Michaels, sei letztlich inkommensurabel mit race und gender.

Intersektionalität bringt auch Rechtsansprüche mit sich. So betonte etwa Christine L. Owens, Vorsitzende der Nichtregierungsorganisation National Employment Law Project, in einer Stellungnahme vor der U.S. Equal Employment Opportunity Commission, einer Bundesbehörde mit dem Auftrag, Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf zu beenden, dass die Praxis, Bewerbungen von Arbeitslosen bei Ausschreibungen für viele Jobs erst gar nicht zu berücksichtigen, auch deswegen zu beanstanden sei, weil sie überproportional Alte, people of color und Frauen treffe, die Rechtsschutz genießen.

Auch hier zeigt sich wieder das Muster, dass soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit nicht als solche thematisierbar sind, sondern als Diskriminierungsproblem artikuliert werden müssen. Diese – wohl konstitutive – Lücke des Diskurses beschreibt auch Didier Eribon in seinem Buch »Rückkehr nach Reims«: »Es war mir leichter gefallen, über sexuelle Scham zu schreiben als über soziale. Als sei die Untersuchung der Konstitution inferiorisierter Subjektivität mit ihren komplexen Mechanismen des Sich-Verschweigens und Sich-Bekennens heute geachtet und achtbar, ja politisch gewollt, wenn es dabei um Sexualität geht, als sei sie aber höchst problematisch und in den Kategorien des öffentlichen Diskurses so gut wie gar nicht vertreten, wenn sie die Herkunft aus einer niedrigen sozialen Schicht zum Thema hat.«

Der Streit um vermeintliche oder tatsächliche Quoten in amerikanischen Elitehochschulen wird dementsprechend auf eine Art und Weise geführt, die vermeidet, davon zu sprechen, wer auf jeden Fall vom Zugang zu höherer Bildung ausgeschlossen wird, nämlich die Armen, deren Zahl in den USA immer weiter steigt. Dass man im unteren Bereich der Einkommensskala Vertreter aller Identitätskategorien, auch in »intersektionaler« Verschränkung, findet, scheint eine geringere Rolle zu spielen als deren adäquate Repräsentation.

Die Kehrseite der Abwehr dieser Dimension hat Patrick Eiden-Offe unlängst in einem Artikel im Merkur prägnant als »Rechtsdrall des Klassenbegriffs« auf den Punkt gebracht. Der Begriff der »Klasse« habe nach Ansicht von immer mehr Linken »immer schon etwas Regressives, etwas Identitäres an sich gehabt«: »Im Zerrbild der weiß-rassistischen Trump-Fans – man starte einmal eine Bildsuche mit den Stichworten ›Trump‹ plus ›white working class‹, und man wird das Grausen so schnell nicht wieder los – könne man nur allzu gut genau das Bild erkennen, das die Klasse eigentlich immer schon abgegeben habe: weiß, männlich, mittelalt, cis-normsexuell, kraftstrotzend und pumperlg’sund.«

Dieses Imaginäre der Klasse, das bei Rechten wie Linken vorstellungsleitend zu sein scheint, zeitigt aber notwendig paradoxe sowie kontraintuitive Effekte, wie die strategische Allianz eines lautstarken Teils der asiatischen Amerikaner mit dem »weißen«

Amerika unter dem Motto der Antidiskriminierung zeigt, die Ausdruck der spezifischen ökonomischen Schichtung dieser Minderheit ist. Asiatische Amerikaner aus wohlhabenden Familien mögen vielleicht sogar von einem Abbau von *affirmative action* profitieren – diejenigen aus armen Familien sind aber beiden Seiten der Debatte de facto keine Rede wert.

© Jungle World Verlags GmbH